

In Baden Württemberg bildet sich der bislang größte deutsche Verbund für „längeres gemeinsames Lernen“.

Ein in dieser Größe und gesellschaftlichen Breite in Deutschland bislang einmaliges Netzwerk für „längeres gemeinsames Lernen“ hat sich vergangene Woche in Baden-Württemberg vorgestellt.

Dieser sehr breit angelegte Verbund aus 25 Organisationen vertritt weit über eine Million Mitglieder in Baden-Württemberg. Die Bündnismitglieder kommen aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen.

Angefangen von kirchlichen Institutionen, Familien- und Jugendverbänden über schulische Initiativen bis hin zu Parteien und Gewerkschaften wird hier ein breites gesellschaftliches Meinungsbild abgegeben, das in das Ziel mündet, dass „alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von Elternhaus, sozialer oder kultureller Herkunft die gleichen Chancen haben sollen und in einer **Schule der Vielfalt** während der Pflichtschulzeit gemeinsam lernen sollen“.

Die Bündnismitglieder betonen, dass es ihnen nicht um eine „Einheitsschule“ geht, wie das „längere gemeinsame Lernen in einer Schule“ gerne von den Verfechtern des weltweit einzigartigen gegliederten Systems benannt wird.

Vielmehr handelt es sich hier um eine „**Schule der Vielfalt**“, in der alle Kinder und Jugendlichen gemeinsam lernen und individuell gefördert werden. Dass dies keine „romantische“ Schulillusion ist, belegt die Tatsache, dass diese Form des Lernens für 10 - 14 Jährige mittlerweile internationaler Standard ist – nicht jedoch in Baden Württemberg, das dogmatisch an seinem hierarchisch gegliederten Schulsystem festhält.

Neben dem Diakonischen Werk Baden -Württemberg, das auch im Auftrag der beiden evangelischen Landeskirchen spricht, dem Landesjugendring, der immerhin über eine Million Kinder und Jugendliche in Baden Württemberg vertritt, dem Landesfamilienrat, dem Landesfrauenrat und dem Arbeitskreis der Baden-Württembergischen Gesamtelternbeiräte, ist auch die größte Bildungsgewerkschaft GEW und der mittlerweile landesweit bekannte Verein „Länger gemeinsam lernen Baden Württemberg e. V.“ mit im Verbund, um nur einige der namhaftesten Netzwerkmitglieder zu erwähnen.

Der Dialog um ein gerechteres, leistungsförderndes und zukunftsweisendes Schulsystem braucht viele Beteiligte. Das Netzwerk bietet die Möglichkeit, eine breit angelegte, vielschichtige Diskussion ohne ideologische Grenzen zu führen, was unabdingbar für eine höchstmögliche Akzeptanz einer neuen Schule für alle Kinder ist.

„Es ist falsch, Kinder auf verschieden gewertete Schularten zu verteilen. Es ist falsch, junge Menschen zu demütigen, in dem man ihnen ständig aufzeigt, was sie nicht können“, sagte Waltraud Berndt-Mohr vom Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte am vergangenen Mittwoch in Stuttgart in der Landespressekonferenz.

Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende des Vereins „Länger gemeinsam lernen – Baden Württemberg e. V.“ Rudolf Bosch: „Es wird allerhöchste Zeit für eine Abkehr vom selektiven, gegliederten Schulsystem hin zu einem inklusiven, modernen Schulsystem, das allen Kindern gleichermaßen gerechte Bildungschancen eröffnet und individuelle Schullaufbahnen ohne Brüche und Beschämung ermöglicht.“

Auch dem Landesjugendring geht es darum, die Lebenswelt Schule so zu gestalten, dass dort eine Kultur des Lernens ohne Druck und Gewalt möglich ist. Kerstin Sommer, die stellvertretende Vorsitzende des Landesjugendrings betonte, dass es bei der dringend notwendigen Umgestaltung des Schulsystems darauf ankommt, die Kinder- und Jugendarbeit als außerschulische Bildungsträger einzubinden.

Ulrich Fellmeth vom Diakonischen Werk Württemberg sagte, dass aus kirchlicher Sicht die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlichen durch integrative Bildungskonzepte und eine Vernetzung von Bildung, Betreuung und Erziehung verbessert werden können. Die Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems und die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen sind zentrale Forderungen der Diakonie.

Doro Moritz, die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), erwartet, dass die Landesregierung jetzt dem Druck nachgibt. „CDU und FDP werden nach 2011 in Baden-Württemberg nicht weiter regieren können, wenn sie weiter eine solche breite Initiative aus allen Bereichen unserer Gesellschaft ignorieren und krampfhaft an der Trennung der Kinder nach der vierten Klasse festhalten“, so Moritz.

Weitere Informationen unter : www.in-einer-schule-gemeinsam-lernen-bw.de